

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. möglich Postumschlag, der Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Subskription, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 26b.

Die abgesetzten Anzeigenblätter über den Raum unter 2.- M. einschließlich Erwerbungsbeitrag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Erwerbungsbeitrag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4602, 4635, 4649, 4923

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Nationalbolschewistischer Rummel

#### Die verkappten Militaristen

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

München, 5. Februar

In der kommunistischen „Neuen Zeitung“ forderte gestern Otto Thomas die Zeitsfreiwilligen und Studenten auf, die Waffen mit den Kommunisten zu teilen, eine Armee zu bilden, eine einheitliche Front zu schaffen und in einer revolutionären Volkserhebung die Räterepublik gemeinsam auszurufen. Er meint, es müsse eine Brücke geben über die Leichen, die im Ruhrgebiet, in München, Bremen und Berlin liegen. Die nationalbolschewistische Jugend wird dann aufgefordert, in die kommunistischen Versammlungen zu kommen, in der gegen die Beschlüsse von Paris protestiert werden solle.

Die Studenten und die übrigen Konterrevolutionäre Münchens haben dieser Einladung in Massen Folge geleistet. In der gestrigen kommunistischen Versammlung verkündete der kommunistische Landtagsabgeordnete Otto Graf im Gegensatz zur Berliner „Roten Fahne“ unter lärmendem Jubel der Studenten: „Wir Kommunisten treten ein für einen „revolutionären“ Krieg gegen die Entente!“ Ein Bündnis mit Rußland solle die Grundlage zu dieser neuen Kriegserhebung abgeben.

Eine Stunde lang hegte der kommunistische Redner zum Kriege und forderte die Nationalisten auf, gemeinsam mit den Arbeitern zu kämpfen. Der unabhängige Diskussionsredner wurde nach kurzen Ausführungen am Weiterreden verhindert.

Die leichtfertigen Phrasen der „Roten Fahne“ und des kommunistischen Fraktionsredners Paul Levi sind also in München auf dankbarem Boden gefallen. Die Kommunisten rufen hier die nationalbolschewistische Jugend zur Einheitsfront mit den Arbeitern auf. Sie bilden sich ein, daß sie mit ihren Aufrufen und Reden die Zeitsfreiwilligen und die Studenten, die noch gestern auf die Arbeiter schossen, veranlassen können,

den Arbeitern die Waffen auszuliefern und gemeinsam mit ihnen die Räterepublik auszurufen. Sie rufen die Nationalisten zur gemeinsamen Erhebung auf und sehen nicht, daß der Beifall, den diese ihnen zollen, nicht dem Sozialismus, nicht der Räterepublik, nicht dem Bündnis mit Sowjet-Rußland, sondern einzig und allein dem neuen Krieg gegen die Entente gilt, der jetzt von den Münchener Kommunisten als nationale Einheitsparole ausgerufen wird.

Der Münchener Kommunistenführer Graf verwirft die diplomatischen Vorbehalte der „Roten Fahne“, die sehr schnell Furcht vor der eigenen Courage bekam. Er erklärte in der Versammlung offen, daß die Kommunisten für einen „revolutionären Krieg“ gegen die Entente eintreten. Dieser Vorgang illustriert die verwerflichen Folgen der kommunistischen Propaganda, die im Anschluß an die Reparationsfrage eingeleitet hat. Die kommunistischen Witzköpfe glauben der Revolution zu dienen, indem sie ihre nationalbolschewistischen Parolen hinausschmettern und sich mit den Gefolgsmännern Ludendorffs verbrüderern. Sie arbeiten in Wirklichkeit für den Nationalismus, für einen neuen 4. August, für eine nationalbolschewistische Burgfriedenspolitik, die die Arbeiterklasse zu einer neuen Katastrophe führen muß.

Es paßt zu diesem Bilde, daß der unabhängige Diskussionsredner in der Münchener Versammlung von den vereinigten Kommunisten und Nationalisten niedergeschrien und am Weiterreden verhindert wurde. Das wird unsere Genossen im Lande nicht hindern, mit verdoppelter Energie dem wahnsinnigen Treiben der Kommunisten entgegenzutreten, die erneut durch ihre Haltung beweisen, daß sie keine Sozialisten, sondern verkappte Militaristen sind.

Die Arbeiter im ganzen Lande werden bei den Wahlen am 20. Februar die entsprechende Antwort darauf geben.

### Die Republik Baranya

Aus Wien wird uns geschrieben:

Der international wichtigste und angriffslustigste Herd der europäischen Reaktion, die auf das Ganze, auf die restlose Wiederherstellung des vorrevolutionären Zustandes, hinarbeitet, ist noch immer Horthy in Ungarn. Die ungarische Konterrevolution hat die bolschewistischen Propagandamethoden der gestürzten ungarischen Sowjetregierung abgequakt und vielfach sind es heute dieselben Leute, die die Schlagwörter und Geldmittel der Konterrevolution in die angrenzenden Staaten hinausgeschmuggeln, als zur Zeit der Räterepublik. Wie die russische bolschewistische Regierung, betrachtet auch das gegenrevolutionäre Ungarn die auswärtige und sogar die innere Parteipropaganda als eine staatliche Aufgabe, der die staatlichen Geldmittel unbeschränkt zur Verfügung gestellt werden. Sie kann sich nur durch die Uebertragung ihrer Herrschaftsform auf andere Staaten halten, sie kann aber auch nur durch eine internationale Aktion gestützt werden.

Der Boykott gegen Ungarn war die Betätigung dieser Einsicht durch das Proletariat. Deutschösterreichs „sozialrevolutionäre“ Arbeiterchaft hat diesen Boykott, obwohl er den Hunger in Wien noch steigerte, läckenlos durchgeführt und hat einen mächtigen Druck auf die Regierung der Republik ausgeübt, der genügt, daß der Boykott in Deutschösterreich in gewissem Maße auch vom Staate, nicht nur vom Proletariat, geführt wurde. In den drei anderen Staaten, auf die es aber ankam, in Jugoslawien, in Rumänien und in der Tschechoslowakei, führte aber derjenige Teil der Arbeiterchaft, deren engere Verbündete in Ungarn getötet und gepeinigt werden, sogar in diesem Augenblick den Kampf nicht gegen Horthy, sondern gegen die anderen denkenden Arbeiter; sie bekämpfte nicht die eigene Regierung und forderte nicht von ihr, daß sie einen gleichzeitigen Druck auf Horthy ausübe, dem er unmöglich hätte widerstehen können. Die Aneignung der Arbeiterchaft, die Herrschaft der radikalen Phrase erlaubte es aber den Regierungen der Nachfolgestaaten, sich um eine klare Kampfstellung gegen Horthyungarn herumzudrücken, wozu sie ja um so mehr geneigt waren, weil sie mit Recht in einem Erfolg des Boykotts eine ungeheure Stärkung der Macht des internationalen Proletariats gesehen haben. Sie nahmen lieber den weiteren Bestand der sie staatlich und national bedrohenden Macht Horthys hin, als daß sie zur Stärkung der Macht des Proletariats beigetragen hätten. Ihnen die Möglichkeit dieser freien Wahlgenährt zu haben, ist die historische Schuld des Kommunismus in den Nationalstaaten.

So ging der Boykott ungenüht vorüber. Horthys Macht blieb und trägt durch seine Existenz dazu bei, den militaristischen Geist in den Nachfolgestaaten zu stärken und liefert den Vorwand, große Armeen in allen Nachfolgestaaten unter den Waffen zu halten. Dieser tschechische, rumänische, jugoslawische Militarismus, der natürlich auch noch ganz anderen Gründen, als der Horthysfurcht entspricht, ist aber eine Last, die diese Staaten kaum tragen können und sie müssen wohl oder übel daran gehen, wenigstens die eine Ursache des Rüstungszwanges, die Horthysarmee, irgendwie aus dem Wege räumen. Die ungarische Armee wird aber ohne den Sturz des ganzen Systems niemals abgerüstet werden, trotz allem Gerede vom Friedensvertrag und der mehr als zweideutigen Rolle, die die Militärmissionen der großen Entente in Budapest spielen. Es ist möglich, daß jetzt die jugoslawische Regierung einen Versuch unternimmt, diese Aufgabe, die der Boykott im sozialistischen Sinne hätte lösen können, nun mit ihren Mitteln und natürlich im imperialistischen Sinne einer Lösung entgegenzuführen.

Der südwestliche Zipfel Ungarns, das Kohlengebiet der Stadt Füskirchen und die Stadt Baja, sollen nach dem Friedensvertrag an Ungarn zurückfallen, sind aber von den Jugoslawen besetzt. Der S.-S.-Staat ist durch den Ausgang des Krieges in den Besitz des Schiffparces der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft gelangt, die auch Besitzerin der Fünfkirchen-Gruben ist; die Schiffe wurden aus diesen Gruben mit Kohle gespeist und der Friedensvertrag sichert der jugoslawischen Regierung auf fünf Jahre 80 Prozent der geförderten Kohle. Die Arbeiterchaft des Distriktes erklärte aber, daß, wenn die Stadt Horthy übergeben werden sollte, sie sich dem mit Wassergewalt widersetzen werde, und, wenn es nicht anders gehe, die Gruben sprengen und unter Wasser setzen werde. Der Wunsch der jugoslawischen Regierung, sich den Kohlenbezug zu sichern und diese Haltung der Arbeiterchaft, der sich die freisinnige Bürgerchaft und die Bauern angeschlossen haben, legte den Gedanken nahe, die politische Verwaltung dieses Gebietes in die Hände der Vertreter dieser Gesellschaftsklassen zu übergeben. Nun sind die Grubenarbeiter kommunistisch gesinnt und ihr Führer, Julius Hajdu, ist Mitglied der engeren Leitung der ungarischen Kommunisten. Die jugoslawische Regierung, die jetzt in dem engeren Königreiche ein System des weißen Terrors eingeführt hat, und die Ententemächte, die auch ein Wort in dieser Angelegenheit mitzusprechen haben, dürften wohl kaum geneigt sein, eine, wenn auch teilweise kommunistische Verwaltung zu dulden. Horthy und seine Vrebaganten arbeiteten überall mit der Behauptung, daß in

### Eine Ohrfeige an die Staatsanwaltschaft

Die Tätigkeit der außerordentlichen Gerichte

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920, die die unbefugte Bildung politischer und militärischer Formationen unter schwerer Strafe stellt, sind bei den Reichswehrgruppenkommandos außerordentliche Gerichte gebildet worden. Jene Verordnung richtete sich in erster Linie gegen den gefehwidrigen Zusammenschluß der ehemaligen Freikorps, namentlich den Frontbund des Hauptmanns Pfeffer. Eine Verhandlung gegen irgendeine Organisation der Rechtsabteilung hat bisher nicht stattgefunden, obwohl bereits vor Monaten (anlässlich der ersten Verhandlung gegen die Weissenfer Kommunisten) der Vertreter der Staatsanwaltschaft eine solche Prozedur als unmittelbar bevorstehend ankündigte. Untätig sind die Anklagebehörden der außerordentlichen Gerichte indes nicht. Am 21. September 1920 veröffentlichten wir einen kleinen Artikel „Freiwerber“, in welchem einer unsere Leser erzählte, daß sich ihm im Eisenbahnzug ein Unteroffizier als Werber für Freikorps vorgestellt und ihm einige Mitteilungen über diese Werbetätigkeit gemacht habe, die der Artikel wiedergab. Die Staatsanwaltschaft hat uns mehrfach um Angabe des Namens des Einleiters und hat uns jetzt, als ihr der Name nicht genannt wurde, mitgeteilt, sie habe die gerichtliche Vernehmung unseres verantwortlichen Redakteurs beantragt. Wir erkennen den Eifer an, mit dem die Staatsanwaltschaft diese, wie uns scheint, zwecklose Vernehmung betreibt: Wir würden uns aber noch mehr freuen, wenn dieser Eifer sich der beschleunigten Erledigung des Verfahrens gegen Hauptmann Pfeffer, der inzwischen trotz Widerspruch des Reichswehrministeriums, aus der Haft entlassen worden ist, zuwenden würde.“

Der hier geschilderte Vorgang ergänzt das Bild, das sich aus unseren zahlreichen Feststellungen bisher ergeben hat. Gerichtsbehörden rühren zwar keinen Finger, um die militärischen Verschwörer vom Schlage des Hauptmanns Pfeffer unschädlich zu machen, sie scheuen sich aber nicht, die Verordnung des Reichspräsidenten ausschließlich gegen Arbeiter anzuwenden und Maßnahmen zu ergreifen, die auf eine offensichtliche Förderung des landesverräterischen Treibens der Rechtsputzschichten hinausläuft. Jetzt ist es schon so weit, daß selbst bürgerliche Blätter, die bisher mit Lammesgeduld diesem unethischen Treiben der Behörden zugesehen haben, der Dirne Justitia einen Spiegel vorhalten müssen.

### Der Bürgerblock

Der Reichsbürgererrat, der mit der Orgesch gute Beziehungen unterhält, gibt zu den preussischen Wahlen und den Wahlen in den Abstimmungsgebieten für die Dauer des Wahlkampfes eine Wahlkorrespondenz heraus, die unter Mitwirkung des Deutschen Nationalen Joh. W. Harnisch, des Zentrumsers Geh. Rat Hahndorfer und der Demokratin Dr. Gertrud Bäumer hergestellt wird.

Das zeigt wieder einmal, wie bedeutungslos alle scheinbaren Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien sind. Auf dem gemeinsamen Kampfboden gegen das Proletariat finden sie sich im gegebenen Augenblick stets zur geschlossenen Einheit. Das Proletariat muß darauf mit ebensolcher Geschlossenheit antworten; kein proletarisches Wähler darf am 20. Februar seine Wahlpflicht veräußern.

### Die Regierung und die Schwarzenhege

Die bisher auch von der Regierung geförderte Hege gegen die schwarzen Besatzungstruppen im Rheinland droht ihr unangenehm zu werden. Sie läßt jetzt vor den Veröffentlichungen des Deutschen Volksbundes in München warnen, der die schönsten Rinderschrekmärchen über die „Schwarze Schmach“ erfindet. Wir haben schon immer davor gewarnt, aus vereinzelt Fällen allgemeine Folgerungen zu ziehen, und können nur hoffen, daß endlich einmal die Regierung unterlassen wird, die Beziehungen zwischen den Völkern durch die Anhäufung immer neuen Hehstoffs zu vergiften.

Das Verfahren gegen Genossen Mittwoch. Unsere Fraktion hat vor einigen Tagen im Reichstag einen Antrag eingebracht, in dem das Haus aufgefordert wird, zu beschließen, daß das gegen den Abgeordneten Mittwoch beim Landgericht in Königsberg in Preußen schwebende Verfahren für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben wird.

Herabsetzung des Wehrpreises in England. Die Regierung hat eine neue Herabsetzung des Wehrpreises um 1 Schilling pro Saß angeordnet. Seit November ist der Wehrpreis um insgesamt 12 Schilling pro Saß vermindert worden. Man erwartet ein erneutes Sinken des Preisoeffizienten für den Lebensbedarf um 5 bis 10 Prozent.

Ein Versprechen! „Petit Parisien“ teilt mit, Marschall Pilsudski habe gestern in einer Unterredung mit dem Senatspräsidenten Léon Bourgeois das formelle Versprechen gegeben, daß Wilna vom General Jeligowski geräumt werden würde, sobald man den Zeitpunkt der Abstimmung, die in dieser Stadt vollzogen werden soll, festgesetzt habe und sobald das internationale Kontingent eingetroffen sei, das die Stadt provisorisch besetzen sollte. — Vom Versprechen bis zur Ausführung ist befänglich noch ein weiter Weg.

### Holzarbeiter!

Gestern hat die Generalversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter den Kommunistischen Spaltpilzen die verdiente Antwort gegeben. Bei der Wahl der Ortsverwaltung wurde mit großer Mehrheit die von der Leitung vorgeschlagene Liste gewählt. Die Gegenliste der Kommunisten vereinigte nur eine geringe Minderheit auf sich.

Holzarbeiter! Tut es den Gemeinde- und Staatsarbeitern nach. Wählt bei der Urabstimmung die Liste

Freigang — Boese

Hünstlichen ein Sowjet herrsche und wollten damit den Aufzug der Jugoslawen und die Uebergabe der Stadt erzwingen oder erzwindeln

In dieser Lage nun, die allerdings sehr schwierig war, haben die Arbeiter des Gebietes eine sehr vernünftige Haltung eingenommen. Es wird in diesem Gebiete jede kommunistische Agitation eingestellt und auch der kommunistische Teil der Arbeiterschaft erklärt sich damit einverstanden, daß eine Verwaltung eingesetzt werde, die auf einer Kooperation der Arbeiter, Bürger und Bauern aufgebaut wird, denn nur einer solchen wollen die Jugoslawen die Autonomie des Gebietes zugestehen. Es heißt über diese Stellung der Kommunisten in einer Broschüre:

Der Standpunkt der Arbeiterschaft der Baranja ist der folgende: solange in Ungarn keine demokratische Verfassung geschaffen wird, hat sie keine andere Wahl, als von der jugoslawischen Demokratie die Erfüllung ihrer Hoffnungen zu erwarten.

Das in Wien erscheinende Wochenblatt der kommunistischen Emigranten, ein Organ, das zwar sehr unbedeutend und schlecht redigiert wird, aber dafür den Bolschewismus strenger Observanz verzapft, hat sich im allgemeinen mit dieser Kooperation von Klassen einverstanden erklärt, wie denn auch diese Politik ohne die Zustimmung und aktive Hilfe der Kommunisten überhaupt nicht gemacht werden könnte. Es soll noch vermerkt werden, daß der eigentliche Führer dieser nun im Entstehen begriffenen Republik Baranja der gewesene Minister der Karolyni-Regierung, Martin Lovasz, ist, der aber nach einigen Wochen aus der Karolyni-Regierung austrat, weil sie ihm zu radikal und sehr den sozialdemokratischen Einflüssen unterworfen war. Während der ganzen Räteherrschaft war Lovasz in Haft. Man sieht, auch in dieser Angelegenheit offenbart sich die eigentümliche kommunistische Mentalität, die zwar mit Enver, mit Mustapha Kemal und mit d'Annunzio eine „zahlungs-fähige“ Gemeinschaft gerne aufrecht erhält, aber mit Bourgeoisalakaien vom Schlage Ledebours, Friedrich Adlers und Longuets nichts gemein haben will.

Nun ist die Vereinbarung zwischen der jugoslawischen Regierung und den Vertretern der Arbeiter, Bürger und Bauern des Gebietes zustande gekommen. Wie die Presseabteilung des jugoslawischen Ministeriums meldet, wird eine Kommission der Hauptmächte in der nächsten Zukunft nach Hünstirchen fahren, um „dort zu untersuchen, ob in Hünstirichen Ordnung herrsche und ob die neue städtische Verwaltung nicht auf Grund des Kommunismus stehe“. Alle Nachrichten bestätigen aber, daß die Entente mission dort keinen Kommunismus, sondern die Ansätze zu einer demokratischen kleinen Republik finden werde, an deren Ausgestaltung auch die Kommunisten eifrig mitarbeiten. Dieses Experiment einer demokratisch-republikanischen Staatengründung ist nicht ausichtslos; denn das Gebiet der Republik Baranja ist ein gesegnetes Land, hat Kohle, Holz, Getreide, eine wunderbare Viehzucht, so daß das Gebiet nicht nur sich selbst gut ernähren kann, sondern die Möglichkeit einer großen ökonomischen Entwicklung in sich birgt. Es ist eine Art von Gegenregierung, die da von den Jugoslawen eingesetzt wird, ein Seitenstück zu der Gegenregierung Hortyhys zur Zeit der ungarischen Räteherrschaft. Das Beispiel dieser kleinen Republik wird eine zergliedernde Wirkung auf Hortyhungarn und besonders auf die angrenzenden Komitate ausüben, deren bäuerliche Bevölkerung von jeder sozialistischen Gefahr war und heute endlich von den Ufern, die sie während der zwei Revolutionen befehlt hatte, nun vertrieben wurde. In der kleinen Republik Baranja liegen die großen Güter des Erzherzogs Friedrich und des Fürsten Schaumburg-Lippe und noch anderer Aristokraten, und wenn, wie es gemeldet wird, eine Agrarreform eine der ersten Handlungen der neuen Verwaltung sein wird, so kann das Feuer auch an der anderen Seite der Demarkationslinie ansagen. Jedenfalls ist diese Errichtung der Republik Baranja wohl nach dem Woploti der schwerste Schlag, der gegen Hortyh geführt wurde.

Wachsende Arbeitslosigkeit in England. Der englische Arbeitsminister teilt mit, daß die Zahl der Arbeitslosen am 28. Januar 1059800 betragen habe. Das bedeutet eine Erhöhung von 61371 gegenüber der Vorwoche.

## Geständnisse

Die Ueberschrift soll nicht andeuten, daß das, was wir nachfolgend als ein Geständnis bezeichnen müssen, aus einer schönen Seele kommt, denn die Quelle, aus der wir schöpfen, ist die „Rote Fahne“. Unter der Ueberschrift „Seht Euch Eure Führer an!“ macht das kommunistische Blatt aus einem Arbeitslosenführer namens Hoch aufmerklich. Er wird als ein „bekannter Schreiber“ bezeichnet, der in einer deutschösterreichischen Verlammlung so angenehm auftrat, daß man für ihn eine Sammlung veranstaltete. Und ähnliche nette Eigenschaften dieses K. A. P. D.-Mannes werden von der „Roten Fahne“ gekennzeichnet, die uns bei diesem Schlag Menschen aus der „sympathisierenden Partei“ nicht überraschen und infolgedessen nicht sonderlich interessieren. Aber das Geständnis der „Roten Fahne“ auf das wir anspielen, ist in dem folgenden Satz der betreffenden Kolitz des Blattes enthalten:

„Später wurde Hoch erwähnt als Führer der Demonstration, die am 15. Januar durch die Banneville marschierte und das Blutvergießen am Brandburger Tor verursachte.“

Wie merkwürdig. Als im Anschluß an die kommunistische Demonstration am 15. Januar die Polizei auf einen Trupp Demonstranten hart schloß, verzweigten wir dieses hitzige Vorgehen der Sicherheitsbeamten auf das schärfste, wurden aber trotzdem von der „Roten Fahne“ in der besten Weise beschimpft, weil wir gleichzeitig auf das leichtsinnige Verhalten der Demonstranten hingewiesen und die völlige Ruhelosigkeit eines Durchbrechens der Banneville durch vereinzelt kleine Trupps betont haben. Wir wurden als im Bunde mit der Polizei stehend von der „Roten Fahne“ „gebrandmarkt“, wie der beliebteste Ausdruck in solchen Fällen lautet. Es ist uns aber nicht in den Sinn gekommen, von einer Schuld der Demonstranten zu sprechen.

Die „Rote Fahne“ dagegen sagt heute, daß die Demonstration unter der Führung von Hoch „das Blutvergießen am Brandburger Tor verursachte“. Das geschieht ganz still und beschiden in einer Kolatsnotiz auf der hintersten Seite des Blattes. Also vorn ein Wortschrei und ein müßes Schimpfen, ein heroischer Papier- und Parolentkampf gegen die Polizei — und hinten ganz klein und hübsch das Eingeständnis einer „Schuld“, dem wir uns auch heute noch nicht anschließen. So sehen sie aus!

## Die Landesliste der U.S.P.D.

Auf der Landesliste der U. S. P. D. für die Preußenwahlen stehen an der Spitze folgende Kandidaten:

1. Ludw. Konrad, Parteisekretär, Dagen i. M.
2. Cohn, Dr. Oskar, Rechtsanwalt, Berlin.
3. Kunert, Marie, Schriftstellerin, Berlin-Nikolaisb.
4. Rabold, Emil, Redakteur, Berlin.
5. Freund, Alfred, Zahnarzt, Neufahrn. a. Bod.
6. Karl, Gemeinlich-Beamter, Rugeburg-S.
7. Pallavicini, Kurt, Techniker, Kiel.
8. Pletsch, Fritz, Volksschullehrer, Breslau.
9. Hoffmann, Wilhelm, Postsekretär, Berlin-Schmargendorf.
10. Schröder, Gustav, Redakteur, Elbing.
11. Wille, Hermann, Bäcker, Stettin.
12. Hennig, Paul, Schriftleiter, Halle (Saale).

## Im Namen des deutschen Volkes!

Bei der Beratung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof entwickelte sich eine interessante Debatte darüber, in wessen Namen der Staatsgerichtshof Recht sprechen solle. Nach der Regierungsvorlage sollten die Urteilsprüche im Namen des Reichs ergehen, während von unsern Genossen und auch von den Rechtssozialisten und Demokraten verlangt wurde, daß die Rechtsprechung im Namen des deutschen Volkes erfolgen solle. Genosse Rosenfeld wies darauf hin, daß die Reichsverfassung leider das Wort Republik vermeide, Deutschland aber doch kein Kaiserreich mehr sei. Deshalb müsse, um den Gegenstand zu früheren Zeiten klar hervorzuheben, im Namen des deutschen Volkes Recht gesprochen werden. Nach der preussischen Verfassung werde ja auch jetzt von den bürgerlichen Gerichten im Namen des Volkes Recht gesprochen. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien wollten die alten Traditionen aufrecht erhalten. Sie möchten die Revolution vergessen machen. Mit knapper Mehrheit beschloß der Ausschuss in der Tat, daß der Staatsgerichtshof im Namen des Reichs Recht zu sprechen habe. So sieht unsere deutsche Republik aus, deren Justiz ja auch wirklich jedem Volksempfinden ins Gesicht schlägt.

## Justizreform

Trotz aller Klagen über die Justiz soll die Rechtspflege noch verschlechtert werden. Während des Krieges wurde die Zuständigkeit der Berufungen gegen Urteile der Zivilgerichte auf die Fälle

beschränkt, in denen der Wert des Streitgegenstandes 50 Mk. übersteigt. Die Regierung wollte jetzt sogar die Grenze für die Berufung auf 500 Mk. erhöhen. Im Rechtsauschuss des Reichstages beantragte Gen. Dr. Rosenfeld, die Berufungssumme ganz zu beseitigen, so daß in jeder Sache Berufung erfolgen kann. Unser Vertreter rügte, daß in der Einführung einer Vermögensgrenze eine Benachteiligung der Arbeiterschaft liegt. Der kleine Mann wird und kann nicht verstehen, daß nur der Reiche bei seinen großen Prozessen Berufung einlegen kann. In der Tat ist es ja der Mann eben so weh, wenn ihr das Zell abgezogen wird, wie dem Elefanten. Der Antrag unseres Genossen wurde abgelehnt und die Berufungssumme auf 300 Mk. erhöht. So wird bei uns die Justiz reformiert!

## Bannstrahl gegen Serrati

Nach einer Meldung des „Corriere della Sera“ hat das Exekutivkomitee der dritten Internationale an die italienische kommunistische Partei ein Radiogramm gerichtet, in dem sie erklärt, in Italien nur die kommunistische Partei anerkennen zu können, und nochmals den Bann gegen Serrati auszusprechen. In dem Rundschreiben heißt es: „Weißt seht, kommunistische Genossen, denn jetzt konzentrieren sich alle Kräfte des Bürgertums gegen eure Partei.“

Die Kräfte des Bürgertums werden sich nicht nur gegen die kommunistische Partei, sondern gegen die gesamte sozialistische Arbeiterschaft konzentrieren, denn durch die auf Moskauer Geheiß vollzogene Spaltung wird es ja der Bourgeoisie erleichtert, die Arbeiterklasse niederzuknien. So wirkt die Spaltungspolitik nicht revolutionär, sondern reaktionär. Sie schwächt die Machtposition der Arbeiter und verstärkt die Macht der Reaktion.

## Die Londoner Orientkonferenz

Nach einer aus englischer Quelle stammenden Konstantinopeler Meldung hat Mustapha Kemal Pascha nach Konstantinopel zur Uebermittlung an die Alliierten eine Botschaft geschickt, in der er erklärt, daß die Nationalversammlung in Angora allein die Befugnis habe, das türkische Volk zu vertreten. Die Konstantinopeler Regierung sei nur ein schlechter Scherz. Eine Einladung der Alliierten Regierungen zu einer Konferenz in London müsse an ihn gerichtet werden.

Hierzu bemerkt das Reutersche Bureau, trotz dieser Haltung Mustapha Kemals werde nach den in London eingetroffenen Nachrichten Tzjet Pascha, der Führer der kürzlich nach Angora geschickten türkischen Delegation, an der Spitze der türkischen Delegation für London stehen. Die Parteimitglieder unter den Türken machten keinen Eindruck auf die britische Regierung. Diese sei überzeugt, daß der gesunde Menschenverstand die Türken veranlassen werde, für ihre Sache in London zu plädieren. Nach den letzten Informationen betragen übrigens die Streitkräfte Mustapha Kemals nicht über 50 000 Mann.

Es hat den Anschein, als ob es Kemal Pascha nur darauf ankomme, noch energischer umworden zu werden, als das bis jetzt schon geschah. Daß man in Rußland die Gefahr erkennt, die aus einer Verständigung der türkischen Nationalisten mit der Entente droht, beweist ein Telegramm Tschitscherins an Kemal Pascha, in welchem Tschitscherin Mustapha Kemal a drät, einen Vertrag mit England zu schließen, dessen schlechte Absichten durch den Föhruch der Verhandlungen über die Wiederanbahnung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen England und Rußland erwiesen seien.

So sieht sich der türkische Nationalistenführer von zwei Seiten umworden. Er ist fester gerissen genug, aus dieser angenehmen Lage den größtmöglichen Vorteil für seine Stellung zu ziehen.

Die Erfurter Waffenschieber. Der Erfurter Vertreter der Reichs-Treuhand-Gesellschaft, Arthur Schleinik, ist verhaftet worden. Die Verhaftung steht im Zusammenhang mit der Untersuchung über die umfangreichen Waffenschieberungen.

Die Schweizer Delegierten für Wien. Wie das „Volksrecht“ von Zürich mitteilt, hat die Schweizerische Parteileitung die Delegation für die Wiener internationale Konferenz wie folgt bestellt: Robert Grimm, Paul Grüber, Arthur Schmid, Ernst Rabs, Charles Raine, und Hans Vogel.

London im Nebel. Ein drückender Nebel, wie er seit langer Zeit nicht mehr dagewesen ist, lagert über der Stadt. Der Verkehr ist fast unmöglich.

## Der Lungenkranke

Von Max Doets

Daß ich schuldlos bin: das ist nicht das Schlimmste. Das Schlimmste ist: ich bin selbstschuldig! Schon lange. Seit ich nicht mehr in den Schacht fahren kann. Seit der Zeit bin ich wie ein verfaultes Zahn. Ich kann nicht mehr beißen. Ich kann nicht mehr um mich beißen. Ich bin wehrlos. Dieses Gefühl ist entsetzlich. Nicht die lebende Sorge der Gattin macht mich Wehrlos wieder lebensfähig. Nicht das Lachen der Kinder. Mein Lehnstuhl ist mir nicht weh. Meine Milch schmeckt mir bitter. Meine Fingernägel möchten tragen. In das Fleisch aller Gesunden möchten sie sich einwühlen — und Schmerz zeugen: so wie er mir in den zertrüffelten Lungen wühlt. In den Lungen, die der Kohlenstaub und das Schachtgas vorzeitig verwittert haben.

Ich bin gar nichts mehr. Nicht mal mehr eine Ruine. Ich bin aufgelöst in Schmerz. In den Schmerz des Wehloosens. Hätte ich nicht die Sonne — ich würde mich auf die Straße stürzen. Aus meinem Stubenfenster heraus: das fünf Stodwerk hoch über der lauten Straße türmt.

Sonne — ja, sie ist mein Trost. Sie allein vermag mir Freude zu bringen. Lügt sie in mein Zimmer, dann grüßt sie ein Wartender. Sie kommt spät zu mir. Eine Stunde nach dem Mittagsmahl. Wenn die Augenlider mir schwer werden. Und wenn der Duft meiner Illuzinarischen Hyazinthe mir wie Gemitterchwüle auf der wogenden Brust liegt.

It aber die Sonne voll in mein Zimmer gestiegen, dann strede ich mich — wie ein Tiger im Sonnenland. Und Leben bringt durch alle Poren meines Körpers.

Ich schließe die Augen halb: dann sehe ich rote afrikanische Wästen. Und silberblanke Pyramiden sehe ich. Palmen und rotgoldene Tempel.

Ich schließe die Augen ganz: da stehen die entschleierten Priesterinnen. Keusche Mädchen. Sie neigen sich zu mir. Bieten mich die Erdbeerlippen — und da ich küssen will: berührt eine bernsteinfarbige Kopalchale meine trockenen Lippen — und ich schließe die Augen wieder.

Ein fiesher Husten löst mich erwachen. Die Sonne ist fort. Mein Ofen neben dem Lehnstuhl ist abgekühlt. Fort ist die treu-sorgende Gattin. Um 2 Uhr ging sie in die Fabrik. Dort haucht ihr der Staub von den Webstühlen dieselbe Krankheit in die Brust: an der ich im Herbst zugrunde gehe.

Ich schaue auf den weißen Himmel. Ganz oben ist er leise grün. So grüne der Fluß im Gebirge: damals, als ich noch an die Arbeitsstätte gehen konnte.

Ich schmelze wie mich hier am kalten Ofen langsam auf. Ich schmelze — loslagern. Wäre ich erst fort! Wen bin ich im

Wege. Wohin werde ich gehen? Warum war ich hier? Ich finde keine Lösung dieses Rätsels.

Lesen kann ich nicht — mein Auge ward trübe. — der letzte Blutsturz nahm meine Sehkraft mit.

Habe ich Glück gekannt: Was ist Glück? Ich weiß es nicht. Da ich noch Geld verdiente: da war ich manchmal zufrieden: am Zahltag. Sonst auch nicht!

Ich habe umsonst gelebt. Schacht, Schnaps, Schlaf, Streit, Mangel und Aerger. Es fließt sich leicht!

## Oberschlesischer Brief

Kattowitz, Ende Januar 1921.

Die ersten polnischen Wahlplakate beginnen die Häuser zu verhandeln. Die polnische Propaganda hat es sehr eilig mit dem Beginn des Wahlkampfes. Es scheint, daß sie zu diesem letzten Mittel greifen muß, weil sich eine gewisse Wahlmüdigkeit, ein Ekel vor dem ganzen Abstimmungsstapel, der Bevölkerung bemächtigt. Es ist nicht recht verständlich, mit welchen Mitteln die Polen glauben, die sozialistische Wahlpropaganda durch die letzten 8 Wochen durchzuführen zu können. Jedenfalls kann man sich der Tatsache nicht verschließen, daß in der ober-schlesischen Bevölkerung, vornehmlich in der Arbeiterschaft, sich eine immer stärker werdende Unlust gegenüber der Volksabstimmung bemerkbar macht.

In der ober-schlesischen Arbeiterschaft hat es ein nationallistisches Problem niemals ernsthaft gegeben. Die polnisch sprechenden Arbeiter haben sich stets dagegen verwahrt, als Polen bezeichnet zu werden, weil die polnischen Wanderarbeiter einst nur als Lohnbrüder und Streikbrecher austraten. Die ober-schlesische Frage hat für die ober-schlesische Bevölkerung, für die deutsche wie die polnische, niemals existiert. Erst imperialistische Wächter haben auf der einen wie anderen Seite haben die wirtschaftlichen Probleme, die naturgemäß durch wirtschaftliche Abkommen hätten gelöst werden können, zur Verhöhnung in der Bevölkerung benutzt.

Kein besseres Objekt konnten nationallistische Verhöhnung und Kruppellose Agitation finden als gewisse Teile der ober-schlesischen Arbeiterschaft. Mangelnde Erkenntnis der Klassenhverhältnisse, fehlendes Selbstbewußtsein der eigenen Macht, mangelnder Zusammenhang, schwache Organisation, ein neider linderischer Glaube an die unsmutigen Versprechungen, völlige Kritiklosigkeit, Gutmütigkeit, Venksamkeit, das etwa sind in großen Zügen die Eigenschaften, die das ober-schlesische Volk charakterisieren. Kein größeres Unglück konnte deshalb über die Bevölkerung hereinbrechen, als die Kruppellose Plebiszitpropaganda. Die unsmutigen Versprechungen werden von beiden Seiten gemacht. Niemand wird sie halten können. Die leichtgläubige Bevölkerung wird nach der Volksabstimmung in Enttäuschung und Ernüchterung aufbegehren. Sinnlos werden die Bedürfnisse der Bevölkerung durch Ueberhäufung mit Lebens- und Genusmitteln gesteigert. Das Geld raschelt in ungeschätzten Mengen durchs Land und verzögert die so leicht beeinflussbare Bevölkerung. Trunkenheit

herrscht in einem Maße, wie sie Deutschland seit nirgends sieht. Während man heute den Arbeitern erzählt, daß sämtliches Fleisch aus Polen kommt, wird man später einmal hilflos vor den aufgeregten Begierden stehen, die man nicht zu befriedigen in der Lage ist. Ganz gleich, wer dieses Land nach der Abstimmung in seine Verwaltung übernehmen muß, er wird keine Freude daran erleben. Jahre hindurch wird es dauern, bis die Wirkung der Kruppelosen Propaganda, die Folgen der sinnlosen Versprechungen, der Ausspaltung der besten Instinkte überwunden sein werden.

Hier gibt es nur eine einzige Rettung, ernste Aufklärung der sozialistischen Arbeiterorganisationen, die sich von jeder nationallistischen Verhöhnung fernhalten und die Erkenntnisse des internationalen Sozialismus der verängstigten und verführten Bevölkerung vermitteln möchten. Es wird der Tag kommen, an dem selbst den Kruppelosen Agitatoren vor den Folgen ihrer Arbeit Angst werden wird. Dann ist es Zeit, daß die ober-schlesische Arbeiterschaft unter der Führung besonnener Männer die ober-schlesische Frage selbst in die Hand nimmt, denn die Episode der Volksabstimmung ist die viel kleinere, wenn auch zeitlich näher liegende, in dem großen Kampfe zwischen Kapital und Arbeiterschaft, der auch in Oberschlesien in nicht allzu ferner Zeit entschieden werden muß. Walter Dehne

Der Sternenhimmel im Februar. Am südwestlichen Dämmerungshimmel steht das prächtige Sternpaar Venus und Mars die Hülle auf sich. Der glänzende Abendstern wandert im Gebiet des Sternbildes Fische zwischen unheimlichen Sternen rasch rechtsläufig weiter und läßt den langsamer folgenden Mars immer mehr hinter sich, so daß am Ende des Monats Venus noch immer vier Stunden lang Abendstern bleibt, während Mars schon längere Zeit vor ihr untergeht und zuletzt nur noch etwa 2 Stunden lang gesehen werden kann. Gegenüber, im Südostquadranten, gesellt sich dem hellsten Planeten der hellste Fixstern des Himmels, Sirius. Nach dem Scheitelpunkt kommt Kapella zum Vorschein. Etwas später tauchen unter ihr die beiden Zwillingsterne Kastor und Pollux auf, und rechts über Sirius wird die gewaltige, lebenssternige Figur des Himmelsjägers Orion sichtbar. Im Nordwesten erscheint in halber Himmelshöhe Deneb, der Hauptstern des Schwans. Mit sinkender Dunkelheit wird hoch im Süden das hübsche Sternbildchen des Siebengeirns (Meaden, Gluckenne) erkennbar. Muster man den Südwesthorizont Anjana oder Mitte Februar 1921, so findet man in der hellen Dämmerung den Planeten Merkur, der wegen seiner beständigen großen Sonnennähe so selten gut auffindbar ist, daß mancher Sternfreund diesen hellen Stern überhaupt noch nicht zu Gesicht bekommen hat. Durch seine Rückwärtsfahrt gelangt Merkur schon bald nach dem 20. Februar wieder in so große Sonnennähe, daß er in der Helligkeit des die Sonne umgebenden Himmelsgrundes unsichtbar wird. Am 8. Februar (nachts 5 Uhr) geht die kleine Sichel des neuen Mondes, allerdings in beträchtlichem Abstand, nördlich an Merkur vorüber, am 11. vorm. 11 Uhr an Mars, 12. morgens 6 Uhr an Venus. Man wird sich, falls die Tage vom 9. bis zum 12. klare Abende haben, das Schauspiel nicht

# Rede von Tardieu—Briand

## Die französische Kammerdebatte

Im weiteren Verlauf seiner Rede, deren Anfang wir bereits in der Morgenausgabe veröffentlichten, beschwor Tardieu das Parlament, der französischen Regierung klar zu sagen, damit die englische Regierung es auch wisse, daß das Gefühl des Landes keine Konzessionen mehr dulde. Lord George sei zu sehr Parlamentarier, um nicht zu begreifen, daß die französische Regierung nichts gegen den Willen des Parlaments unternehmen könne. (Beifall.) Es wäre ein Paradoxon, wenn die Engländer, die sich mit den Franzosen gegen Deutschland geschlagen hätten, gegenüber dem Vertrage von Versailles den Standpunkt von Bethmann-Hollweg einnähmen. (Hört, hört!) Tardieu wies darauf hin, welche Freude die Deutschen angesichts dieses Schaupiels empfänden. Er verlangte von der Regierung, daß sie mit den Alliierten die Verhandlungen wieder aufnehme, da die Konferenz von Paris zu keinen ratifizierten Entscheidungen gekommen sei. Diese Konferenz sei überhört gewesen. Briand sei es gewesen, der 1917 die Unannehmlichkeiten überstürzter Verhandlungen anerkannt habe. (Ministerpräsident Briand verlangte Ausflucht.) Tardieu antwortete: Haben Sie nicht von der Möglichkeit gesprochen, 1917 Frieden zu schließen? Briand erwiderte: Vollkommen, das ist klar, das hätte mir zu antworten.) Tardieu beendete seine Rede, indem er seine Kollegen aufforderte, ihren Willen dahin kundzugeben, daß sie das Abkommen von Paris nicht annehmen und den Wunsch ausdrücken, daß über den Gegenstand die Verhandlungen wieder aufgenommen werden.

Briand erwiderte: In meiner Kandidatur habe ich zuerst Freude empfunden, als ich von der Interpellation Tardieu vernommen habe. Ich kenne, glaube ich, die Vorzüge des Versailles-Vertrages, aber ich kenne auch alle seine Fehler. Er wisse, unter welchen Schwierigkeiten verhandelt wurde. Er müsse deshalb nachsichtig gegenüber einem Manne sein, der diesen Vertrag unter schwierigen Bedingungen habe zur Anwendung bringen müssen und der das Beste für sein Land getan habe. Er habe über den Vertrag in der besten Periode kurz nach dem Krieg verhandelt zu einer Zeit, zu der das Prestige des Sieges noch vorhanden gewesen sei. In diesem Augenblick konnte man viel verlangen. Was es damals nicht leichter als heute? Denn man hatte die Ergebnisse einer wirtschaftlichen Konferenz, die ich verlangt hatte, in den Händen, die die interalliierte Solidarität empfohlen hätte. Damals hätte man aber das Parlament nicht hören wollen, das man heute so feiere, damals hätte man seine Mitarbeit abgelehnt und die vollständige Isolierung der Regierung verlangt. (Lebhafter Beifall.) Der Versailles-Vertrag sei ausgezeichnet, es fehle ihm aber nur eines, wie den berühmten Zwillingen, nämlich, daß er lebendig sei. Um ihm Leben einzuhauchen, müsse man fortgesetzte Anstrengungen machen.

Die Berechnungen über die feststehenden Annuitäten seien ungenau, aber die Berechnungen über die Exportsteuer seien ungenau. Jedenfalls aber habe sich Tardieu getäuscht, wenn er behaupte, Frankreich habe 30 bis 35 Prozent seiner Forderungen ausgegeben. Durch die Vereinfachung der feststehenden Jahreszahlungen mit den abänderungsfähigen Jahreszahlungen habe er dafür gelobt, daß man verknüpft werde mit dem deutschen Wideraufstieg. Was die Flüssigmachung der Schuld anbelangt, so bemerke er, daß über diese Frage verhandelt werde. Briand protestierte scharf gegen den Gedanken, Frankreich würde die Frage der Kriegsschulden der Alliierten mit der deutschen Forderungen verknüpfen können. Er sagt wörtlich: Sie haben glauben können, daß England, dieses große und edle Land (lebhafter Beifall), nachdem es sein Blut an unserer Seite vergossen hat, daran denken könne, in einem solchen Konjunktium Deutschland an die Stelle von uns zu setzen. Ich will unseren Alliierten nicht die Befehlsgewalt antun, eine derartige Hypothese zu diskutieren. (Lebhafter Beifall.)

Briand spricht alsdann von den neuen Zollmaßnahmen, die vorgeschlagen worden seien. Während der Friedensvertrag von Versailles nur Zölle auf gewisse deutsche Produkte vorsehe, handle es sich jetzt um allgemeine Zölle und um Zollkontrolle im Rheinland. Das komme einer militärischen Klausel gleich. Die Regierung könne über Verhandlungen von morgen nur mit Zurückhaltung sprechen. Alle Zwangsmaßnahmen würden sofortig angewendet, so daß es Deutschland von nun an unmöglich sei, den Versuch zu machen, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, ohne daß die Zwangsmaßnahmen in Kraft treten. Man habe Deutschland die Zwangsmaßnahmen nicht notifiziert, weil sie eine Angelegenheit der Alliierten seien und Deutschland nichts angingen; es habe sich nicht zu diskutieren. Wenn nach dem Abkommen von Paris die Deutschen seiner Ausführung Hindernisse entgegensetzten, dann werde die jetzige Regierung ihre Pflicht erfüllen, und die Kammer könne sicher sein, daß das mit aller erforderlichen Strenge geschehe. Briand er-

klärte, wenn er die Möglichkeit hätte, außerhalb Frankreichs die gesamte französische Forderung zu mobilisieren, dann würde er das nicht tun. Die Weltmärkte könnten eine derartige Forderung unmöglich aufnehmen, und wenn sie es könnten, müßte man vielleicht 12 bis 14 Prozent bezahlen. Die Jahreszahlungen würden gestatten, die Zukunft sicher zu stellen. Man könne durch sie aus dem wirtschaftlichen Druck heraus und könne endlich eine klare Lage schaffen. Die jetzige Regierung habe Vertrauen zu Frankreichs Alliierten gehabt und habe versucht die Gemeinhaft der Interessen herzustellen. In allen Fragen habe sie Befriedigung erhalten. Jetzt gehe sie nach London. Er könne aber nicht dorthin gehen, ohne die Autorität zu haben, im Namen Frankreichs zu sprechen. Wenn man ihm nicht volles und ganzes Vertrauen schenke, hätte man, wie Tardieu es gesagt habe, selbst einen vorübergehenden Bruch mit den Verbündeten ins Auge fassen können. Das sei alles, was Deutschland hätte hoffen können. (Beifall.)

Der sozialistische Abgeordnete Vincent Auriant sprach alsdann von der interalliierten finanziellen Solidarität. Nach ihm will Abgeordneter Laverde Magillon das Wort ergreifen. Da das Haus aber sehr unruhig ist, verlangt er selbst Vertagung. Der Präsident befragt die Kammer, diese erklärt, daß sie weder morgen, noch Montag Sitzungen abhalten will. Die Weiterberatung der Interpellation wird deshalb auf kommenden Dienstag nachmittag vertagt.

## Ein Reichsmietengesetz

Berlin, 4. Februar.

Die Reichsregierung hat dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat den Entwurf eines Reichsmietengesetzes zugehen lassen. Offiziell wird uns darüber mitgeteilt: Der Entwurf gibt unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens feste Regeln für die Berechnung einer gesetzlichen Mietsrate. Jeder Vertragsteil kann sich jederzeit auf die gesetzliche Mietsrate berufen und dadurch bewirken, daß sie vom nächstzulässigen Kündigungs-termin ab, bei großer Unbilligkeit auch schon früher, an die Stelle der vereinbarten Mietsrate tritt. Für die Berechnung der gesetzlichen Mietsrate wird von der im Juli 1914 vereinbarten Mietsrate (Friedensmiete) ausgegangen. Eine Steigerung dieser Mietsrate darf nur insoweit erfolgen, als sie durch erhöhte Betriebs- oder Instandsetzungskosten notwendig geworden ist. Die danach zulässigen Zuschläge zur Friedensmiete sollen von der obersten Landesbehörde oder von der Gemeindebehörde in Hundertsätzen der Friedensmiete allgemein festgesetzt werden. Um die Ausführung von notwendigen Instandsetzungsarbeiten zu sichern, wird dem Mieter das Recht eingeräumt, die Entscheidung einer unparteiischen Stelle anzurufen, die unter Umständen die Durchführung ihrer Anordnungen erzwingen kann. Auch die Vornahme großer Instandsetzungsarbeiten darf eine unbillige Steigerung der Mietsrate nicht zur Folge haben. Durch Verteilung der Kosten auf eine längere Reihe von Jahren sollen die Mieter davor geschützt werden, größere Mehrbeträge auf einmal zahlen zu müssen; andererseits soll eine Ansammlung von Geldern in öffentlichen Kassen es dem Vermieter ermöglichen, die für große Instandsetzungsarbeiten erforderlichen Mittel tunlichst bald zu erhalten. Der Entwurf bringt ferner Vorschriften über die Tätigkeit von Mietervertretungen, die dem Mieter zur Seite stehen sollen und denen in gewissen Fällen neben und anstelle des Mieters Antrags- und Aufsichtrechte eingeräumt werden. Ueber die Kosten für Sammelheizung und Warmwassererwärmung und über die Berechnung der Mietsrate im Falle der Untervermietung sind besondere Bestimmungen getroffen. Neubauten sollen regelmäßig den Vorschriften des Entwurfs nicht unterliegen, da hierdurch der Anreiz zur Bautätigkeit verringert werden könnte und da im Uebrigen auch in solchen Häusern die Höhe der Mietsrate schon nach den bestehenden Vorschriften über Baukostenzuschüsse einer gewissen behördlichen Nachprüfung unterliegen.

## Streikjustiz

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatten sich gestern der Arbeiter Wenzel und der Straßenbahnführer Rasmow zu verantworten, weil sie am 18. Oktober 1919 Straßenbahn zum Streiken veranlaßt haben. Darin fand das Gericht ein Vergehen gegen die Reichs-Gesetzgebung aus der Zeit des Ausnahmezustandes, durch welche denjenigen schwere Strafen angedroht wurden, welche lebenswichtige Betriebe zur Stilllegung brachten. Die Angeklagten bekannnten sich frei und offen dazu, daß sie bei der Stilllegung des Straßenbahnbetriebes mitgewirkt hätten, sie be-

gekommen. Nun wird es sich noch darum handeln, den Verlegern und Sortimentieren die Beute wieder abzunehmen, die sie der Balutordnung und der Außenhandelsstelle verdanken. (Vergleiche unseren Artikel, Abendblatt, 29. Januar.)

**Verlängerung des Urheberrechtsschutzes.** Auf Grund der Berner Ansetzung, den Urheberrechtsschutz um 5 Jahre zu verlängern, haben jetzt im Reichsjustizministerium Verhandlungen stattgefunden, an denen die beteiligten Reichsämter, das Preussische Kultusministerium, die Verlegerverbände und die Urheberorganisationen der Schriftsteller, Tonkünstler und bildenden Künstler teilnahmen. Die Meinungen in der Frage, die in Frankreich bereits Gegenstand eines neuen Gesetzes geworden ist, waren geteilt. Die Verhandlungen wurden insgesam vertagt, damit die zuständigen Regierungsstellen die vorgebrachten Bedenken zunächst nochmals prüfen können.

**Die Wasserkraft in den Vereinigten Staaten.** 50 Millionen PS werden zurzeit in den Vereinigten Staaten durch Dampf wie durch Wasserkraft gewonnen. Ebensoviele kann noch nach mäßiger Schätzung die restlose Erschließung der Wasserkraft ergeben; denn die Ingenieure haben die gesamte verwendbare Wasserkraft der Vereinigten Staaten auf 60 Millionen PS berechnet, wovon jetzt erst 10 Millionen entwickelt sind, was immerhin bereits eine jährliche Kohlenersparnis von mehr als 33 Millionen Tonnen bedeutet. Ingesamt aber könnte der Einfluß der 50 Millionen mit „weißer Kohle“ gewonnenen PS — angenommen, daß die Dampferzeugung einer täglich 12 Stunden gebrauchten PS im Jahre 5 1/2 Tonnen Kohlen beansprucht — jährlich den ungeheuren Betrag von 275 Millionen Brennstoffen ersparen und 7 Millionen Frachtwagen für andere Zwecke frei machen. Den Weg zu dieser weiteren Ausnutzung der sich immer mehr erschließenden Wasserkraft hat die nach zehnjährigem Kampfe jüngst erfolgte Annahme des Gesetzes für die Entwicklung der Wasserkraft geöffnet.

## Neuerscheinungen

- Mikroskopische Welt. Einleitung in seine Geheimnisse. Hoffmann & Campe, Hamburg. 2. Ausgabe. 1921.
- Dr. Max M. Kaplan-Kagan: Russisches Wirtschaftsleben seit der Herrschaft der Bolschewiki. Deutscher-Verlag in Berlin. Verlag E. G. Teubner, Leipzig und Berlin 1919.
- Uebel-Wörter: Kritik der Wirtschaft und der Wirtschaftswissenschaft. In: Sozialwissenschaft in Dresden 1921.
- Berühmte Geister von Degenfeld-Schonburg: Die Kollas des nationalsozialistischen Handbuchs und der deutsche Nazionismus. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1921.
- Paul Krüger: Gemeinwesen. W. Hoffmanns Verlag G. m. b. H. Berlin D. 1921.
- Dr. Siegfried Kamenetz: Soziologischer Versuch des Geschichtsunterrichts. Verlag Neues Vaterland, E. Berger & Co. Berlin W. 1921. Preis 3 M.
- Der Deutsche Metzgerberufverband im Jahr 1919. Jahr- und Handbuch für Verbandsmittglieder.
- Kellner, Dr. Siegfried: Die Gewerkschaftsbewegung. Zweiter Band (8. und 9. Heft). Preis 30 M. in halbesem gebunden 3 M.
- Arbeiter-Keller: Die Wirtschaft des Kommunismus. Flugblätter der Frontarbeiter-Zeitung. Berlin der Sozialistischen Arbeiter-Bundest. 8. u. 9. H.
- G. Zellmer: Neue Zeiten, Neue Aufgaben, Neue Lehren. Verlag W. Dörfler, G. Zellmer, Leipzig. Preis 1 M.
- Clara 1917. Preis 1 M.
- Johannes Pöschel: Gewerkschaft und Heimliche. Herausgegeben vom Heimlichenrat der deutschen Gewerkschaft Berlin, Berlin S. 14, Alexanderplatz. G. Preis 1 M.

haupteten aber, daß sie am Morgen des 19. Oktober die am Abend des 17. Oktober veröffentlichte Verordnung nicht gefannt hätten. Hauptmann a. D. Heimburg, Leiter der Rechtsabteilung des Oberkommandos Koste, erklärte, daß die fragliche Verordnung von Koste selbst entworfen und alsdann in den Morgenblättern vom 18. Oktober veröffentlicht worden sei.

Trotz dieses Sachverhaltes, aus dem klar hervorgeht, daß den Angeklagten ein Vorwurf daraus nicht gemacht werden könne, daß sie eine am Abend erlassene Verordnung am nächsten Morgen noch nicht gefannt haben, beantragte der Anwalt die Verurteilung der beiden Angeklagten zu je 50 Mark Geldstrafe. Er sagte wörtlich: „Ob die Angeklagten von einer Verordnung Kenntnis gehabt haben, ist gleichgültig. Unkenntnis der Gesetze schützt nicht vor Strafe.“

Genosse Dr. Rosenfeld trat als Verteidiger der beiden Angeklagten dem Anwalt scharf entgegen. Er führte aus: Die Ausführungen des Anwalts zeigten wieder einmal, in wie hohem Maße der Vorwurf der Klagenjuris berechtigt ist. Gegen Angeklagte aus andern Kreisen verfährt man ganz anders. Prinz Friedrich Leopold sei erst kürzlich freigesprochen, weil das Gericht davon ausging, daß von dem Prinzen nicht angenommen und nicht verlangt werden könne, daß er die Verordnungen über die Pflicht zur Anzeigebearbeitung der Wohnungen gefannt habe. Genosse Dr. Rosenfeld beantragte Freisprechung. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Verteidigers an und sprach die Angeklagten frei.

## Groß-Berlin

### Um die weltliche Schule

Am Montag fand in der 17. Gemeindegemeinschaft in Nichtenberg eine sehr gutbesuchte Elternversammlung statt. Der Elternbeirat hatte das Thema aufgestellt: „Weltliche Schule — Konfessionelle Schule — Staatschule.“ Als Referent über die weltliche Schule sprach Genosse Lehrer Schulz, der es verstand in kurzen, seltenden Worten die Forderung des Tages „die weltliche Gemeindegemeinschaft“ und ihre Vorteile den Eltern klarzulegen. Als Korreferent sprach sodann Pastor Herrlich-Friedenau. Es wurde festgestellt, daß er in ruhiger, sachlicher, objektiver Weise nur für die weltlichen christlichen Eltern die konfessionelle Schule fordert. In allen anderen Punkten aber mit den Forderungen der weltlichen Schule Parallelen zog. Seine Ausführungen fanden in wohlwollendem Widerspruch mit dem, was wir sonst in Nichtenberg von den Vertretern der christlich-unpolitischen Elite gewohnt sind. Der Rektor der Schule, Herr Bräseke, trat dann für eine sogenannte Staatschule ein, die allen Religionsrichtungen gerecht werden soll. Im wesentlichen deckten sich aber keine Ausführungen mit unserer Forderung der weltlichen Schule. In reger Diskussion traten alle Redner für die weltliche Schule ein. Nur ein Redner trat für die konfessionelle Schule ein, der aber in seinen halbwegs vollen Worten nicht mehr auf Erden, sondern bereits in aller Seligkeit wandelte und damit einen kurzen Heiterkeitserfolg hatte. Zum Schluß gelangte dann eine aus der Versammlung heraus eingebrachte Resolution mit folgendem Wortlaut gegen einzelne wenige Stimmen Annahme: Am 31. Januar in der Schulaula stattfindende Elternversammlung der 17. Gemeindegemeinschaft in Nichtenberg erklärt ihr volles Einverständnis mit den trefflichen Ausführungen des Referenten für die weltliche Schule und fordert auch für Nichtenberg die umgehende Einrichtung weltlicher Schulen. Die Versammelten erwarten nun aber auch von den Eltern, restlos von dem Recht der Befreiung der Kinder vom christlichen Religionsunterricht Gebrauch zu machen. Also, Genossen, wagt Ihr für die weltliche Schule Propaganda machen. So laßt, wie hier, auch unsere Gegner zu Worte kommen. Unser Gedanke der weltlichen Schule ist lebensfähig und nicht morsch wie der der Religionschule. Zeigt Ihr den Gegenstand, dann werden wir überall bald unser Ziel erreichen!

**Nachträgliche Genehmigung von Arbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge.** Um der bekannnten außerordentlichen Arbeitslosigkeit zu steuern, hatte der Magistrat am 24. September 1920 beschlossen, der Tiefbaudeputation für nachfolgende Arbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge sofort Auftrag zu erteilen, und gleichzeitig beschließen, für die noch nicht erteilten Arbeiten die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung erst nachträglich einzuholen. Die Arbeiten sind folgende: 1. Unterhaltung der Straßen und Wege in eigener Regie durch Tiefbauamt 4 200 000 M.; 2. Instandsetzung von Straßenpflaster und Promenaden durch die Tiefbauämter 1—6 600 000 M.; 3. Instandsetzung von Straßenbenutzungsplätzen und Straßenbrücken durch die Tiefbauämter 1—5 170 000 M.; 4. Instandsetzung des Bohlwerkes Gröbenufer 10 000 M.; 5. Instandsetzung des Bohlwerkes an der Spree zwischen Michael- und Schillingbrücke 42 000 M.; 6. Entrostung und Streichen der Putzbrücke, Swinemünder Brücke und der Mühlendammbrücke 38 000 M.; 7. Instandsetzung der Badeanstalten durch die Tiefbauämter 1 und 4 40 000 M., zusammen: 1 347 000 M. — Der Magistrat hat nunmehr der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen mit dem Antrage, sich nachträglich mit der Bauausführung der Arbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge einverstanden zu erklären, soweit es die im Haushaltsplan 1920, Kapitel XIV 2 „Kriegsvorkaufkonto, produktive Erwerbslosenfürsorge“ hierfür eingezeichneten Mittel gestatten.

Das erste Erholungsheim für Beamte, Lehrer, Angestellte und Arbeiter der Stadtgemeinde Berlin in Alexanderbad im Harz ist nunmehr in Gegenwart des unabhängigen Magistratsdezernenten Stadtrat Benedek sowie des Stadtrats Bogisch den Vertretern der beteiligten Verbände durch eine Anrede des Bürgermeisters Ritter übergeben worden. Der schlichten Feier, die durch Schußgeland der Kinder von Harzgerode eingeleitet wurde, wohnten die Vertreter der Harzgemeinden Ballenstedt und Harzgerode bei, woran sich eine Führung durch die Anlagen und Ausrüstungen des seit 1910 bestehenden Erholungs- und Moorbades schloß. Die Stadtgemeinde hat für den Ankauf den Betrag von fünfviertel Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Die Bezirksversammlung für den Verwaltungsbereich 17 ist am Mittwoch, den 6. Februar, nachmittags 5 Uhr, in das Nichtenberger Rathaus einberufen worden. Auf 6 Uhr ist die Wahl der Mitglieder des Bezirksamts angelegt worden.

**Jugendweihen.** Für Kinder, die an den Jugendweihen im Großen Schauspielhaus teilnehmen, werden eine Reihe Vorträge gehalten. Sie finden statt für Norden in der Schule Müllerstraße Ecke Trillstraße und in der Schule Pappelallee 41-42, für Charlottenburg und die westlichen Vororte in der Hindenburgschule, Guerickestraße, Charlottenburg, am Sonntag, den 6., 13., 20., 27. Februar und 6. März, vormittags 9 Uhr. Für Osten wird die Schule noch bekannt gegeben. Für Südosten und Süden werden die Vorträge in der Schule Wangelfstraße 128 abgehalten, und zwar Freitag, nachmittags 5 Uhr, am 11., 18., 25. Februar, 4. und 11. März. Eltern dürfen an den Vorträgen teilnehmen.

**Panow.** Da die hiesige Gemeindeverwaltung sich nicht rechtzeitig um die Auslegung einer Kaufverpflichtung für den Kommunalen Kohlenbezug bemüht hat, wird in der „Freiheit“-Spekulation, Kohlenstr. 20 (Eingang Florastr.), eine Annahmestelle für die Kohlenkundenliste der Gemeinde Niederschönhausen (später Reagenliste des 19. Verwaltungsbereichs),

### Soeben erschienen:

# Wir demonstrieren!

5 Lieder für Massengesang

Preis 30 Pfennig

Wiederverkäufer hoher Rabatt

BUCHHANDLUNG „FREIHEIT“

BERLIN C 2 • Breite Str. 8-9

entgegen lassen, wie der wachsende Mond an den drei Planeten vorbeizieht.

Man verfolgte den Mond, wie er in wachsender Lichtgestalt den hoch über unseren winterlichen Himmel gespannten Bogen des Tierkreises abwandert: am 13. als Sichel beim Widder, am 15. als Halbmond hindurchschreitend, dann die Zwillinge und den Krebs durchquerend, als nahezu voller Mond am 21. Regulus im Löwen passierend, am 22. und 23. Jupiter und Saturn begreifend.

**Carl Hauptmann gestorben.** Auf seiner Festung in Schreibershausen ist vorgestern nach Carl Hauptmann, Gerhard Hauptmanns jüngerer Bruder, an den Folgen eines Schlaganfalls, den er vorletztes Jahr erlitten hatte, 83 Jahre alt, gestorben. Damit schließt ein Leben, reich an Arbeit, ärmlich an Erfolgen, in mancher Hinsicht tragisch verwoben, ab. Es gibt immer Leute, die gegen einen berühmten den Unberühmten als den heimlichen Kaiser auszuspielen. So erging es auch Carl Hauptmann, den ein kleiner Verehrerkreis über seinen älteren Bruder zu stellen suchte. Wir wollen keine Vergleiche ziehen, obwohl sie sich nicht nur aus der Natur, sondern auch aus der Seelenverwandtschaft ergeben. Carl Hauptmann war ein umfassender Geist, ein oft ungewöhnlich seiner Sprachkünstler und in ihm webte ein Strom der mystischen Kräfte, die aus dem schlesischen Boden seit Jahrhunderten immer wieder hervorbrechen und deren höchster unterirdischer Gesang in den Werken von Angelus Silesius lebt. Carl Hauptmann hat sich auf allen Gebieten der Kunst versucht. Vom historischen Drama bis zur modernen Komödie, von der religiösen Erzählung bis zur philosophischen Abhandlung hat er Wert auf Werk geschaffen. Seine ganze Produktion zeigt einen grübelnden, suchenden, im Halbdunkel wohnenden Geist, der, zwischen Gott und Menschheit schwebend, beide in Liebe und Mitleid zu verbinden suchte. Wir glauben nicht, daß seine Werke, die seine großen Erfolge hatten, in der Zukunft finden werden. Das Proletariat hat in ihm einen Dichter der Armen und Gezeichneten verloren. Die Literatur einen Suchenden, nach dem Höchsten ringenden Geist, dem aber die Bollendung innerhalb seines Schaffens verjagt geblieben ist.

**Briefe von Verlaine.** Der Literaturhistoriker von Weber bereitet die Herausgabe der Briefe von Paul Verlaine vor, dem größten französischen Dichter, einem der größten modernen Dichter überhaupt (der übrigens im „deutschen“ Reich geboren ist). Die Briefe Verlaines werden von großer Bedeutung sein, denn dieser unruhige und geniale Geist hat aus dem Gefängnis, in dem er wegen Mordversuchs saß, aus den Spitzkellern, aus den Spielstätten seines Elends in seinen Briefen die schönsten Gedichte herausgeholt, die nun in ihrer ursprünglichen, fiebernden Gestalt erscheinen werden. Bei der Liebe, die Verlaine in Deutschland gefunden hat, dürften seine Briefe viel Interesse finden.

**Gegen den Bücherwucher.** Die deutschen Verleger entschließen sich endlich, den freien Ladenpreis für Bücher wieder herzustellen. Ferner werden die Verleger einen Antrag auf Aufhebung der Preisbindung einreichen. Mit diesem Beschlusse ist die Verleger-Organisation den Forderungen des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller (Gewerkschaft deutscher Schriftsteller) nach-

